

## Aus dem Großen Räte.

Die ordentliche Sitzung von gestern Donnerstag den 10. November war in den ersten zwei Stunden ein Opfer zugunsten der Kommunisten. Da offenbar „politisch“ gegenwärtig keine großen Geschäfte zu machen sind hier, so haben sie sich mit Hochdruck auf die Sexualfrage geworfen. Ein von ihnen in dieser Richtung lanciertes Plakat ist vom Polizeiminister verboten worden und das gab ihnen Anlaß dazu, in einer Interpellation von der Regierung Auskunft über dieses Verbot zu fordern. Andererseits war vom katholischen Statthalter eine Gegeninterpellation begründet worden in der Meinung, daß solche Plakate geeignet seien, die heranwachsende Jugend zu gefährden und wünscht vom Regierungsrat die öffentliche Verbreitung anstoßerregender Plakate zu verbieten. — Unter den neuen Geschäften war ein Schreiben des Regierungsrates, worin er die Mitteilung machte, daß das kommunistische Ratsmitglied Bodenmann infolge Verlegung seines Wohnsitzes nach Zürich sein Mandat als Großrat nicht mehr ausüben könne. Die Kommunisten wehrten sich natürlich weiblich für ihren Genossen, der auch seinerseits zu beweisen suchte, daß die Mitteilung der Regierung unrichtig sei, da er seinen Basler-Wohnsitz nicht aufgegeben habe. Nach langem Neben wurde die Frage schließlich an die Wahlprüfungskommission gewiesen zur weiteren Prüfung und Berichterstattung. — Ein weiteres Geschäft, das namentlich uns in Riehen und Bettingen interessiert, ist der Anzug eines unserer Gemeinderäte wegen der bereits in Angriff genommenen Korrektion der Bettingerstraße zwischen Mühlestiegweg und Hackbergstraße (d. h. dem eben erstellten Straßenteilstück beim Wenkenhof abwärts anschließenden weitem Teilstück). Das Baudepartement will nämlich auf dieser Straßens Strecke, unverständlicherweise, das vorgesehene Trottoir auf der rechten Seite, anstatt auf 4,5 m wie bisher vorgesehen, nur auf 2 m ausbauen, aus falsch verstandener sog. Sparbarkeit. Da diese Straßens Strecke nach unserer Ansicht ein sehr viel benütztes Stück darstellt, sollte es unge schmälert ausgeführt werden. Unsere beiden Vertreter des Gemeinderates wehrten sich sehr gegen die Ausführungen des Baudepartements, der den Antrag abzulehnen beantragte. Der Rat beschloß mit großem Mehr gegen 11 Stimmen Ueberweisung an den Regierungsrat. — In das Budget dieses Jahres war ein Posten von Fr. 500,000.— eingestellt für Notunterstützung von Arbeitslosen. Da bis Mitte Oktober bereits 750,000 ausbezahlt sind und voraussichtlich bis Ende Jahr Fr. 1,200,000.— nötig sein werden, so hat die Regierung einen Ratsschlag eingebracht nach welchem diese Krisenunterstützung nach bestimmten Regeln weitergeführt werden soll. Auch diese Vorlage war geeignet, die Beratung in die Länge zu ziehen durch Markten der Arbeitervertreter. Doch wurde schließlich die Vorlage mit großer Mehrheit, ohne wesentliche Aenderungen genehmigt. Gegen 7 Uhr beantwortete der Regierungspräsident die Interpellationen dahin, daß das Polizeidepartement es ablehne dieses Plakat zu dulden, da es, wie verschiedene dagegen eingegangene Reklamationen beweisen, Anstoß erregt habe. Auch habe der Regierungsrat die Verfügung der Polizei gutgeheißen und ein Rekurs der Kommunisten abgelehnt. Nächste Sitzung am 17. November.